

Amt bleibt auf Wohnung um 467 Euro sitzen

Die Stadt kann 40 neue geförderte Mietwohnungen nur mit Mühe vergeben. Die Bewerber lehnen ab: zu klein, zu groß, zu teuer, kein Tiefgaragenplatz.

Lehen. Es ist ein städtebauliches Vorzeigeprojekt: Luftig, mit Traumblick über die Stadt und beinahe idyllisch zwischen den renaturierten Bachläufen von Glan und Mühlbach gelegen. Die neue Siedlung um die ehemalige Rauchmühle in Lehen kann sich sehen lassen (Architekten Helen & Hard Oslo). Von den 223 Wohnungen der Prisma Projekt-GmbH und der Genossenschaft Salzburg Wohnbau werden 145 mit Wohnbauförderung errichtet. Doch die Stadt hat Mühe, 40 Wohnungen an bedürftige Mieter zu vermitteln. Bereits 31 Mal lehnten dringend Wohnungssuchende Angebote ab.

Mitunter darf es auch kein Neubaus sein

Ihre Begründungen: zu klein, zu groß, zu teuer, kein Tiefgaragenplatz. Mitunter darf es auch kein Neubaus sein. Selbst unter Ausschöpfung einer Reserveliste waren zuletzt vier Wohnungen immer noch nicht vergeben.

Insbesondere fünf Tops im ersten Bauteil sind wenig beliebt. Darunter eine der Kleinwohnungen: 38 Quadratmeter um 467 Euro Miete inklusive Betriebs- und

Heizkosten. Auf dem privaten Markt zahlt man für eine derartige Großgarconnière über 600 Euro, allerdings in weit schlechterer Qualität und Lage. Was der Einzimmerwohnung fehlt?

Nichts, außer dass sie keinen Tiefgaragenplatz für ein Auto hat, erklärt Salzburg-Wohnbau-Chef Christian Struber. Man habe auf Wunsch der Stadt weniger Garagenplätze als Wohnungen errichtet, um Kosten zu sparen und die Bewohner zum Umsteigen auf



„Der ÖVP geht es um den sozialen Ausgleich.“

Christoph Fuchs, Klubobmann ÖVP

die öffentlichen Verkehrsmittel anzuregen. Obus und S-Bahn liegen in fußläufiger Entfernung.

Vorige Woche kam eine Abordnung der Stadt zu einem Lokalaußenschein, damit die Vertreterinnen des Wohnungssamts und des Vergabeausschusses sehen könnten, welche „schöne, klasse Wohnungen“ abgelehnt würden, so Struber. Er sagt inzwischen, es

gebe in der Stadt Salzburg gar keine echte Wohnungsnot. „50, 100 Vorgemerkte haben sicher ein dringendes Wohnungsproblem. Der Rest ist kosten- und qualitätsverbessernd unterwegs.“

„Wer ein Wunschkonzert fährt, wird von uns gesperrt“

Im Sozialausschuss am Donnerstag dieser Woche wird das Thema für Zündstoff sorgen (siehe rechts). ÖVP-Obmann Christoph Fuchs wirft dem SPÖ-geführten Wohnungsressort „intransparente Vergaben“ vor und ärgert sich über die „jenseitigen Forderungen“ der SPÖ. Die regt bekanntlich an, dass die Stadt das Cineplex-Gebäude beim Bahnhof erwirbt und dort Wohnungen errichtet, um Kosten zu sparen und die Bewohner zum Umsteigen auf



Die Bauteile mit geförderten Wohnungen bei der alten Rauchmühle. BILD: SPÖ

der ein Wunschkonzert fährt, wird gesperrt. Da sind wir strikt. Diese Leute gab es immer schon.“ Fuchs wolle als gswb-Aufsichtsrat lediglich ablenken. „Man schimpft auf das Wohnservice, damit niemand mitkriegt, dass die gswb immer noch keine Vergaberichtlinien hat.“

SPÖ-Gemeinderätin Niki Solarz will „möglichst wenig politischen Einfluss“ bei der Wohnungsvergabe. Allerdings vertreten sie und das Wohnservice den Trend der „Identitätspolitik“. Was das ist? Es ist die bewusste Förderung sozialer Gruppen und Minderheiten und das Aufrechnen aller (zugeschriebenen) Diskriminierungen und Privilegien.

Vom Wandel des Klimas und von den späten „30ern“

WOCHENSCHAU

Heinz Bayer



Stress. Den kennt auch die Natur. Dieser Stress wird ihr meist vom Menschen gemacht. Aber da gibt es noch ein anderes Faktum: den Klimawandel. Er war dieser Tage tendenziell durch sehr hohe Temperaturen fühlbar. Meteorologe Alexander Orlik (ZAMG) brachte es salopp auf den Punkt: „Späte 30er werden häufiger.“ Und weiter: „Temperaturen bis 30 Grad sind im Septem-

ber nicht ungewöhnlich, wurden in den letzten Jahrzehnten aber etwas mehr.“

Seit den 2000er-Jahren erlebe Österreich ungefähr alle zwei bis drei Jahre noch Höchstwerte über 30 Grad nach dem 10. September. Früher, also vor den 2000ern, habe es so spät im Jahr nur etwa alle fünf bis sieben Jahre „einen 30er“ gegeben.

Das Klima, sein langsamer Wandel und Veränderungen der Vegetation fordern vor allem die Bauern. Im Speziellen, wenn's um Almfächen geht. Die reduzierten sich bundesweit seit dem Jahr 2000 um 261.000 Hektar – also fast um die Hälfte.

Mit ein Grund sind antiquierte Förderrichtlinien. Sie machen Almbauern das Leben schwer. Viele geben deshalb auf. Ergebnis: Noch mehr Almen wachsen zu. Sie gehen nicht nur als ökologisch wertvolle Sommerweiden verloren. Stirbt die Alm, verschwindet auch unsere Kulturlandschaft. Dagegen heißt es mit Grips ankämpfen. Projekte gibt es. Die brauchen aber (mehr) Unterstützung durch die Förderstellen. Nicht bloß mit Geld – sondern vor allem mit einem grundlegenden Verständnis für diese Veränderungen.